

Eine Strategie voller Lücken und Abstriche

Lachende junge Menschen, saftig-grüne Wiesen, Windräder, unterlegt von elektronischer Musik: Das Video bei der Präsentation zur jahrelang angekündigten Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung erweckt den Eindruck, die Energiewende hätte schon längst stattgefunden. Konkrete Antworten, wie Österreich dorthin kommen soll, blieben Umweltministerin Elisabeth Köstinger und Verkehrsminister Norbert Hofer Journalisten am Dienstag bei einer Pressekonferenz in der Wirtschaftsuniversität Wien schuldig. Die Zeit für Fragen war kurz bemessen, der Videoclip konnte nicht warten.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion ganz ohne Wissenschaftler, dafür mit viel Eigenlob (in anderen Regierungskonstellationen wäre ein solches Strategiepapier „nicht möglich gewesen“, so Hofer) stellten die Minister die „#mission2030“ vor. „Teilt diesen Hashtag auf Twitter und lasst eure Follower wissen, dass ihr auf einem wichtigen Event seid“, ließ die Moderatorin im Vorfeld wissen. Dazu gab es regionale Bioschmankerln. Die Strategie werde das „Ende der fossilen Energie“ einläuten, sagt Köstinger. Gelingen soll das ganz ohne Verbote, Steuern oder anderen Belastungen.

Woher das Geld für die Umsetzung der zehn Leuchtturmprojekte kommen soll, ließen die Minister offen: Konkrete Eurobeträge in Bezug auf das Gesamtvorhaben sind in dem rund 60-seitigen Papier nicht zu finden. Beziffert wurden hingegen einige Teilbereiche: In den Ausbau des Bahnverkehrs sollen laut Hofer in den nächsten Jahren rund 14 Milliarden Euro fließen. „Im Umweltbereich wird nicht gekürzt“,

Nach langem Warten wurde die Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung am Dienstag präsentiert. Sie kommt weitgehend ohne konkreten Zeitrahmen, Verantwortliche oder Budget aus.

Nora Laufer

verspricht Köstinger. Ganz im Gegenteil: In diesen sollen „einige hundert Millionen Euro“ investiert werden. Weitere Mittel stünden zudem der Forschung zur Verfügung. Auch den Privatsektor will die Regierung für Klimaagenden mobilisieren und Anlegeroptionen im Bereich der grünen Finanz ausbauen.

„Nicht Paris-kompatibel“

„Mit dem aktuellen Umweltbudget wird es nicht funktionieren“, kommentiert Christiane Brunner, ehemalige Umweltsprecherin der Grünen, die Klimastrategie. Brunner räumt ein, dass die Strategie ein erster Schritt in die richtige Richtung sei, dennoch sei das Papier „nicht ambitioniert genug, die Ziele sind noch nicht Paris-kompatibel“.

Damit spricht sie einen der langfristigen Rahmenpunkte an, unter dem die Klimastrategie verfasst wurde: das Pariser Abkommen. Namensgebend für die Mission 2030 ist hingegen die nächste von der EU festgelegte Dekarbonisierungsetappe. Österreich muss demnach seine CO₂-Emissionen bis 2030 im Vergleich zum Jahr 2005 um 36 Prozent außerhalb des Emissionshandels reduzieren. Bisher sind die Emis-

sionen in Österreich um nur acht Prozent zurückgegangen. „Wir müssen aufhören, Politik für irgendwelche Prozentsätze zu machen“, sagt Köstinger dazu. Ein Umdenken würde ohne Länder und Gemeinden jedoch nicht funktionieren. Welche Instanz wofür zuständig ist, wird in dem Papier genauso spärlich erwähnt wie konkrete Instrumente und ein klarer Zeithorizont für die Umsetzung. Während diese Punkte in einer früheren Version, die dem STANDARD vorliegt, für jedes Leuchtturmvorhaben konkretisiert waren, wurden sie aus dem finalen Papier gestrichen.

Auch die oft geforderte Einführung einer CO₂-Steuer lehnt die Regierung weiter ab, um die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs nicht einzuschränken, wie es heißt. Vielmehr wolle man über einen CO₂-Mindestpreis auf EU-Ebene diskutieren. Wirtschaft und Klima würden sich gegenseitig ergänzen, meint Hofer.

Zahlreiche Umweltorganisationen hatten im Vorfeld kritisiert, dass das Strategiepapier durch Wirtschaft und Industrie

weichgezeichnet wurde. „Die Kritik im Vorfeld zeigt, dass wir einen guten und konstruktiven Weg der Mitte gewählt haben“, sagte Köstinger dazu und ergänzt: „Die harsche Kritik gehört auch zum Kerngeschäft der Umweltschutzorganisationen.“ Greenpeace hatte etwa angemerkt, dass Ziele, Zeitpläne, Maßnahmen, Zuständigkeiten und Finanzierung fehlen.

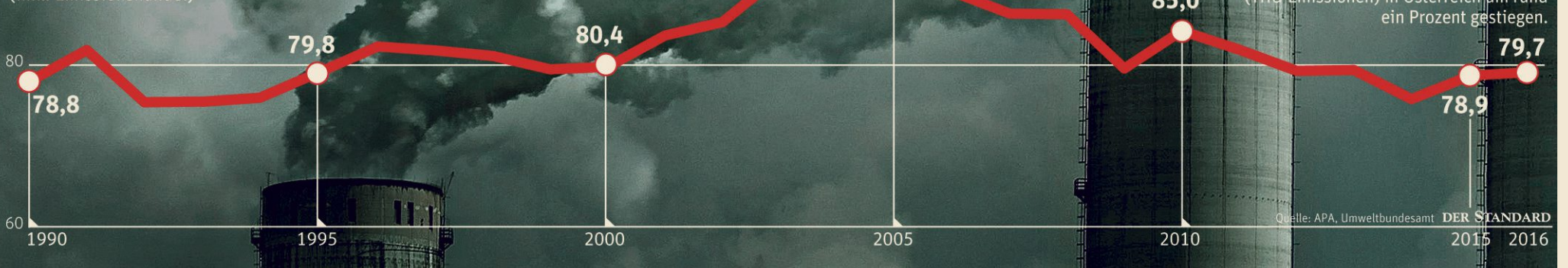
Für Jürgen Schneider, Klimaexperte des Umweltbundesamts, ist die Strategie ein Meilenstein in einem „längeren intensiven Prozess.“ Die bisher vorgestellten Maßnahmen seien die Eckpunkte dafür. Nun müssten die Absichtserklärungen „mit Leben gefüllt werden“, meint Schneider. Das Umweltbundesamt wurde in die Erstellung der Strategie nicht miteinbezogen, man habe jedoch „Zahlen, Daten und Fakten geliefert“.

In den kommenden fünf Wochen soll das Strategiepapier in Begutachtung gehen. Dabei sind nicht nur Experten gefragt, betont Köstinger, auch Bürger können sich an dem Prozess beteiligen. Eine finale Version der Strategie will die Regierung schließlich im Juni präsentieren. **Kommentar Seite 32**

www.mission2030.bmnt.gv.at

Entwicklung der CO₂-Emissionen

in Mio. Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten (inkl. Emissionshandel)



2016 sind die Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen) in Österreich um rund ein Prozent gestiegen.



Karl Steininger

Eine thematisch derart weite politische Strategie zum Klimaschutz habe es in dieser Art in Österreich noch nicht gegeben, bestätigte Klimaforscher Karl Steininger von der Universität Graz dem STANDARD. Es werde zentral betont, dass die Klimaziele von Paris erreicht werden sollten, dazu fehle allerdings noch die Thematisierung, wie bis 2050 das österreichische CO₂-Budget eingehalten werden solle. Denn laut der Studie des Wegener-Centers zu den Paris-Zielen steht Österreich nur noch ein begrenztes Budget an Treibhausgasemissionen bis 2050 zur Verfügung, maximal noch 1500 Millionen Tonnen.

Ein Gegensteuern zum jüngsten Emissionsanstieg sei also dringend notwendig, und der Anfangspunkt sei damit jetzt in Österreich gesetzt. „Selbst die 2030-Ziele der EU reichen jedoch nicht aus, wenn wir unseren Beitrag zu Paris wirklich leisten wollen“, sagt der Wissenschaftler. Wir müssten letztlich darauf abzielen, über 36 Prozent Emissionensparungen und das im Strategiepapier angeführte Ziel von 50 Prozent Anteil der erneuerbaren Energien hinauszugehen.

Das Dekarbonisierungsprogramm in der Strategie fokussiere auf eine große

Bandbreite an Aktivitätsfeldern, es seien noch zentrale Punkte im Konsultationsprozess zu ergänzen.

Was Steininger unter anderem fehlt, ist die Erwähnung von Wärmenetzen in Gebäuden, um auch Niedertemperaturabwärme effizient zu nutzen. Positiv hebt er hervor, dass die Rolle der öffentlichen Hand als Vorbild betont wird. So befinden sich 60.000 Gebäude im Eigentum des Bundes, hier soll etwa auf erneuerbare Energie gesetzt werden, so die Ankündigung. Die budgetären Folgekosten des Klimawandels werden ebenso angesprochen, mit dem Ziel, diese zu vermeiden.

Hingegen fehlt Steininger eine Budgetierung. So werde einiges konkret angesprochen: das Fallen der Eigenstromsteuer, die Verdoppelung des Radfahreranteils auf 13 Prozent bis 2025, die Erhöhung der Sanierungsrate auf zwei Prozent. Der finanzielle Rahmen werde aber nicht abgesteckt.

Insgesamt sei nun ein klarer Prozess für einen Konsens notwendig, denn „es wäre notwendig, dass wir das in Österreich auf die Reihe kriegen“. (july)

KARL STEININGER leitet die Coin-Studie und ist in der Leitung des Wegener-Centers für Klima und Globalen Wandel tätig.



Renate Christ

In den vergangenen Jahrzehnten sei zu wenig passiert, sagt Renate Christ. Die Biologin war bereits 1992 bei dem Erdgipfel in Rio de Janeiro dabei. Österreich habe zwar das Kioto-Protokoll unterzeichnet und sich zu einer Reduzierung der Treibhausgase um 13 Prozent verpflichtet. „Aber in den letzten 26 Jahren wurde gerade einmal eine Stabilisierung der Emissionen erreicht“, zieht Christ eine Bilanz.

Viele Absätze der Klima- und Energiestrategie zielen auf Maßnahmen ab, die „gut und schön sind“, so die Wissenschaftlerin. Aber ihr fehlen strikte Fristen – auch was eine Bewertung anbelangt: Das Pariser Klimaabkommen sehe zum Beispiel eine Evaluierung alle fünf Jahre vor. Eine Neubewertung nach zehn Jahren, wie in der österreichischen Strategie vorgesehen, erscheine ihr zu lang.

Denn die Willensbekundungen im Papier würden „ohne regulatorische Rahmenbedingungen nicht von selbst“ verwirklicht werden. Als Beispiel nennt sie die thermische Sanierung der Gebäude. Wie hier die Förderstruktur aussieht, ist noch unklar. So werde an unterschiedlichen Stellen von einer „Mobilisierung des Privatkapitals“ gesprochen. Christ zeigt sich skeptisch,

dass das ohne Investitionssicherheit passieren werde. Denn Preis- und Förderungssignale wurden in der Strategie nicht ausformuliert.

Als positiv bewertet die Expertin, dass im Gebäudesektor einiges konkreter ausformuliert wurde als im Regierungsprogramm. So werde bei dem angestrebten Tausch von Ölheizungen nun explizit ausformuliert, dass sie durch erneuerbare Energie ersetzt werden sollen.

Dass die E-Mobilität ausgebaut werden soll, sei ebenfalls ein richtiger Schritt. Aber die Zwischenschritte, um dieses Ziel zu erreichen, seien zu vage. Es fehlten zum Beispiel Schlüssel, ab welcher Größe eine Gemeinde wie viele E-Ladestationen errichten müsse.

Enttäuschend sei, dass das Thema Verkehrsberuhigung nicht vorkomme. „In anderen europäischen Städten gibt es etwa eine City-Maut“, sagt Christ.

Insgesamt sind ihr die geplanten Anstrengungen zu wenig. Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 36 Prozent bezeichnet sie im Vergleich mit anderen Industriestaaten als „sehr moderat“. (july)

RENATE CHRIST, Biologin, leitete in Genf das Sekretariat des UN-Weltklimarats (IPCC).

Erste Reaktionen von